



**Statt sich zu erweitern,
sollte die EU anfangen
zu funktionieren.**

Valéry Giscard d'Estaing



Sebastian Frey



Daumen runter: Im Frühjahr 2013 lehnt das Europaparlament die Finanzplanung der EU für 2014-2020 mit großer Mehrheit ab.

Als 2004 die EU durch die Aufnahme einiger postkommunistischer Staaten Mitteleuropas auf 25 Mitglieder erweitert wurde, war dies für viele noch ein Tag der Freude. Im Dreiländereck zwischen dem EU-Gründungsmitglied Deutschland und den Neumitgliedern Polen und Tschechien wurden große Feierlichkeiten veranstaltet. Die Aufnahme Kroatiens am 1. Juli 2013 hingegen wurde im Grunde nur noch am Rande unter „Sonstiges“ zur Kenntnis genommen. Euphorie gab es nirgendwo.

Vieles spricht dafür, dass Kroatien auf lange Sicht das letzte Neumitglied war. Die Europäische Union

Die Neuaufnahme immer weiterer Mitglieder brachte der Gemeinschaft mehr Probleme als Vorteile.

Seit dem 1. Juli 2013 ist die Bevölkerung der EU um die 4,2 Millionen Einwohner Kroatiens angestiegen. Niemand ist glücklich darüber, und es ist im Nachhinein unklar, wer diesen Schritt eigentlich gewollt haben mag. Die Kroaten sind sich dessen bewusst, dass sie von Europa kurzfristig

droht. Die früher meist mondänen und luxuriösen Feriencentren an der Adriaküste werden zunehmend von prolligen Safttouristen überschwemmt, die man früher hauptsächlich am „Ballermann“ auf Mallorca traf. Slivovitz statt Sangria – Hauptsache billig. Wohlhabende und zahlungskräftige Urlauber ziehen sich angewidert zurück, luxuriöse Ferienquartiere stehen leer.

Die Kroaten blicken auf ihre Beziehungen zu West- und Mitteleuropa mit gemischten Gefühlen. Im Gegensatz zum Kosovo-Konflikt hielt sich die EU während des Zerfalls des früheren Jugoslawien aus dem Krieg zwischen Serbien und Kroatien weitgehend heraus und schaute tatenlos zu, wie die zum Weltkulturerbe der UNESCO gehörenden Kulturschätze Dubrovniks unter dem Beschuss serbisch-montenegrinischer Artillerie in Schutt und Asche sanken. Erst jetzt öffnete Europa Kroatien die Tür, ohne aber dem Land wirkliche Perspektiven anzubieten.

Die Flasche ist zu

Steven Blockmans, ein Analytiker vom Brussels Center for European Policy Studies, ist der Ansicht, dass einige Mitgliedsstaaten aufgenommen worden sind, ohne wirklich dafür bereit gewesen zu sein. Als Beispiele nennt er Rumänien und Bulgarien. Der Beitritt dieser Länder habe der EU eher geschadet als genützt. Dennoch laufen bereits seit einigen Jahren Beitrittsverhandlungen mit weiteren Kandidaten (Island, Montenegro, Türkei). Die Verhandlungen mit Island sind derzeit eingefroren. Dafür planen Serbien und Mazedonien schon bald ebenfalls in konkrete Verhandlungen einzutreten. Doch politische Beobachter bezwei-

keine nennenswerten Vorteile zu erwarten haben. Zu groß ist die immer noch ungelöste Finanzkrise in einigen bereits früher beigetretenen Mitgliedsländern, und die Probleme scheinen von einer Lösung weiter entfernt zu sein als je zuvor. Das vielzitierte Griechenland ist nur die Spitze des Eisbergs. Spanien, Portugal, Italien, Irland und Belgien stehen bereits seit Langem in der Warteschleife für einen Platz unter dem EU-Rettungsschirm.

Slivovitz statt Sangria

Dass man bei diesen Rahmenbedingungen den Beitritt Kroatiens vollzogen hat, erscheint geradezu absurd. Das Land brachte eine wirtschaftliche Rezession und eine Arbeitslosenquote von rund 15 Prozent mit in die neu geschlossene Ehe ein, sowie eine Staatsverschuldung, die rund 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts beträgt. Die Haupteinnahmequelle des Landes, der Tourismus, ist durch eine nicht gerade positiv zu nennende Entwicklung be-

scheint angesichts ungelöster Finanzprobleme ihres eigenen Erweiterungsdrangs müde geworden zu sein und zeigt sogar erste Abschottungstendenzen. Diese haben drei Perspektiven. Neben einem möglichen Aufnahmestopp gibt es auch Pläne, innerhalb der existierenden Gemeinschaft neue Pseudo-Grenzen zu errichten. Und die dritte Perspektive: An den Außengrenzen der Gemeinschaft wird mittlerweile schon scharf geschossen.

Giscard's Mahnung

„Statt sich zu erweitern, sollte die EU anfangen zu funktionieren.“, brachte Frankreichs Ex-Präsident Valéry Giscard d'Estaing kürzlich die politische Stimmung in Europa auf den Punkt. Mit seiner Mahnung drückte er aus, was in der EU viele Politiker denken, wenn es auch nicht jeder so krass ausspricht.

Flasche zu

feldern, dass es auf absehbare Zeit tatsächlich zu Neumitgliedschaften kommen wird. Die EU macht langsam die Flasche zu. Gegen einen Beitritt der Türkei regen sich zahlreiche Widerstände, unter anderem aus Deutschland. Problematisch wäre im Fall eines Türkei-Beitritts auch der Status des nach wie vor türkisch besetzten Nordzyperns, was mit Sicherheit auf Widerstände von Seiten Zyperns und Griechenlands stoßen würde. Im Fall Mazedoniens gibt es ein ganz simples Problem – wie man nämlich das Land, sollte es eines Tages beitreten, eigentlich nennen will. Bei den Vereinten Nationen wird es nach wie vor unter dem Akronym FYROM – Former Yugoslav Republic of Macedonia – geführt. EU-Mitglied will die ehemalige jugoslawische Teilrepublik aber unter ihrem selbstgewählten Namen werden – Mazedonien. Das wiederum akzeptieren die Griechen nicht, die diesen Namen als Teil ihres eigenen kulturellen Erbes beanspruchen (immerhin war Alexander der Große auch Mazedonier) und im Norden auch gleichnamige Provinzen besitzen. Bevor man Grenzen einreißen kann, muss man offenbar neue errichten.

Montenegro verwendet übrigens seit 2002 bereits aufgrund einer nationalen Entscheidung den Euro als Währung, nachdem man vorher schon drei Jahre lang die D-Mark als Zahlungsmittel verwendet hatte. An der Europäischen Währungsunion ist das Land aber nicht beteiligt. Potenzielle Beitrittskandidaten sind noch Bosnien-Herzegowina und Albanien, ebenso das Kosovo, das noch nicht einmal von allen EU-Staaten völkerrechtlich anerkannt wurde. Weißrussland und die Ukraine stehen seit Jahren auf der Fußmatte zur EU. Nichts spricht dafür, dass sie sie je verlassen werden.

Hauptbefürworter einer Aufnahme weiterer Balkanstaaten sowie der Türkei in die Gemeinschaft sind nach wie vor die USA, die – obwohl selbst nicht EU-Mitglied – ständig Druck auf Brüssel ausüben. Dies hat für Washington natürlich vor allem strategische Grün-

de, da die Türkei und die Balkanregion wichtige Verbündete sind, um die amerikanischen Interessen im Nahen Osten notfalls auch militärisch durchdrücken zu können.

„Enlargement fatigue“ – Brüsseler Müdigkeit

Gleichzeitig ist in Brüssel eine seltsame Krankheit ausgebrochen, die man als „Enlargement fatigue“, also als Erweiterungsmüdigkeit bezeichnet. Die Verhandlungen mit den derzeitigen Beitrittskandidaten sind ins Stocken geraten, man beißt sich an bürokratischen Hindernissen und immer nichtigeren technischen Kleinigkeiten fest. Nichts bewegt sich nach vorne, und es hat wohl auch keiner Lust dazu, etwas zu bewegen. Es fehlt der politische Wille dazu.

Welche Gründe könnten auch dafür sprechen, eine Gemeinschaft noch zu erweitern, die bereits jetzt in einem



Oben: Wie hält er es mit Europa? Großbritanniens Premier David Cameron.
Unten: Die FRONTEX-Zentrale in Warschau.



traurigen Zustand ist? Kaum einer der Mitgliedsstaaten glaubt noch ernsthaft an einen Erfolg der EU-Integration oder daran, dass die Gemeinschaft die eklatanten Finanzprobleme wirklich eines Tages lösen könnte. Man bleibt nur Mitglied aus Angst, dass es durch eine selbständige Existenz außerhalb der EU noch schlimmer werden könnte. Gemeinsame politische Werte können kaum noch den Zusammenhalt dieser überfrachteten Gemeinschaft garantieren. Im Gegenteil – je größer die Gemeinschaft wird, desto mehr politische Schief lagen in ihren Mitgliedsstaaten hat sie auszuhalten.

Beispiele sind das autoritäre und repressive Gebilde von Viktor Orbans rechtspopulistischer Regierung in Ungarn, auf das die Gemeinschaft längst nicht mehr so harsch reagiert wie noch vor einigen Jahren, als man Österreich wegen der FPÖ-Beteiligung am Kabinetttisch regelrecht zu stigmatisieren versuchte. Belgien kommt nicht einmal mit der Feindschaft zwischen seinen eigenen Bevölkerungsgruppen – Flamen und Wallonen – klar, das Land war vor kurzem erst ein Jahr lang unregierbar. Ähnliche Verhältnisse sieht man derzeit in Italien und Tschechien. Vergessen wir nicht die zunehmende Korruption, die speziell auch in Rumänien und Bulgarien um sich greift. Angesichts der fast unübersehbaren Vielfalt an Kulturen und Völkern hat sich die heutige EU als praktisch nicht modernisierbar erwiesen.

An der Westfront beginnt die Gemeinschaft sogar schon zu bröckeln. Großbritanniens Premier David Cameron hat ein Referendum angekündigt, bei dem die Bevölkerung über den weiteren Verbleib in der Union abstimmen kann. Werden die Briten der Gemeinschaft schon bald „Good bye“ sagen?

Bereits Charles de Gaulle hatte immer wieder vor einer Aufnahme Großbritanniens gewarnt, weshalb der Beitritt zu seinen Lebzeiten politisch auch nie durchsetzbar war. Der General war

Kommt eine Umstrukturierung der EU in "Zone A" und "Zone B"?

der Ansicht, die Briten wollten nur Mitglied werden, um die Gemeinschaft von innen zu destabilisieren, also die Bildung eines starken europäischen Machtblocks außerhalb ihrer Grenzen zu verhindern. Ganz unrecht hat er nicht behalten, und gerade in den letzten Jahren – auch im Zusammenhang mit der Snowden-Affäre – hat sich gezeigt, dass Großbritannien sich derzeit viel stärker in Richtung USA als zum europäischen Kontinent orientiert.

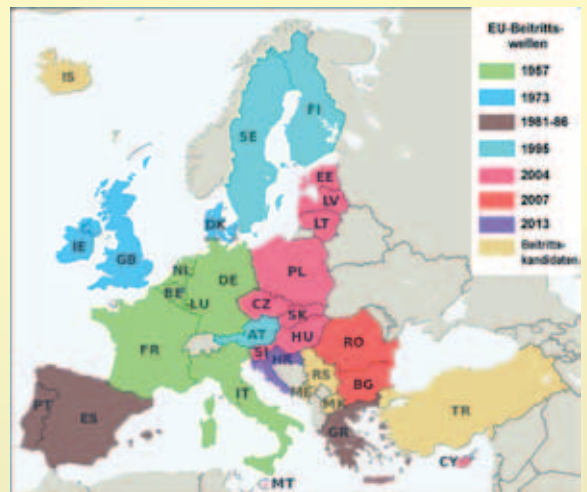
Zone A und Zone B

Noch bedenklicher stimmen ernsthafte Überlegungen, die EU auch im Innern neu zu strukturieren. Man sollte wohl eher sagen – zu klassifizieren. Angesichts der fast unlösbaren Finanzprobleme strebt man offenbar eine Kerngemeinschaft der Privilegierten an, vor allem natürlich unter der Führung Deutschlands und Frankreichs sowie der anderen Gründungsstaaten (sofern Italien nicht vorher Bankrott erklären muss). Diese Zone wird das Euroland umfassen, wirtschaftlich stark sein und größeren politischen Einfluss haben. Um diese Kernzone A wird dann eine Zone B gebildet, also ein Gürtel von Satellitenstaaten, die weiterhin zwar formal Mitglieder bleiben, aber mit verringertem politischem Gewicht, mit eigener nationaler Währung und wohl auch mit zweitklassiger Ausstat-

tung. Hierzu werden auf jeden Fall die aufstrebenden jungen Demokratien des postkommunistischen Blocks gehören. Wenn man das Ganze realistisch betrachtet, wäre allerdings eine notwendige Voraussetzung für diese Neustrukturierung, die Problemstaaten Südeuropas aus dem Euro zu entlassen.

Es zeigt sich, dass gerade in die geplante Zone B aus Brüssel oft immense Gelder gepumpt werden, teilweise Jahr für Jahr im mehrstelligen Milliardenbereich, die dann aber vor allem für nutzlose Renommierprojekte ausgegeben werden wie z. B. den opulenten Ausbau von Autobahnnetzen, für die die Bürger später dann Mautgebühren bezahlen müssen. Oder man versieht Städte mit prunkvollen Versatzstücken wie riesigen Handelszentren, marmor- und goldverzierten Bankzentralen

und Luxushotelbauten, die hinterher kaum jemand braucht. Den Einzelhandel beherrschen internationale Handelsketten, zumeist aus Deutschland, Frankreich oder England, die zwar die in den jeweiligen Ländern bekannten Markenprodukte anbieten, deren Inhalt qualitativ jedoch oft mit den Originalen nicht vergleichbar ist. In einem Land, das weit von Italien entfernt ist, finanzierte die EU für 7 Millionen Euro die Anlage aufwändiger italienischer Gärten – auf einem Grundstück, das



Erweiterung in Wellen

Bis jetzt erfolgte die Erweiterung der ehemaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (EWG), die gemäß den Römischen Verträgen von 1957 auf Betreiben der Bilderberger aus Deutschland, Frankreich, Italien und den drei Benelux-Staaten gebildet wurde, in mehreren Wellen, die jeweils unter einem bestimmten Motto standen.

Die erste Erweiterungswelle von 1973 umfasste wichtige NATO-Länder Nord- und Westeuropas – Großbritannien, Irland und Dänemark. Den ebenfalls geplanten Beitritt Norwegens verhinderte ein ablehnendes Referendum der Bevölkerung.

1981 begann man mit Griechenland, postfaschistische Länder Südeuropas in die Gemeinschaft zu integrieren, was 1986 durch die Aufnahme Spaniens und Portugals komplettiert wurde.

1995 kamen dann die klassischen „Neutralen“ hinzu – Schweden, Finnland und Österreich –, womit die EU sich erstmals über die Grenzen der NATO hinaus ausdehnte.

Die postkommunistischen Staaten Polen, Ungarn, Tschechien, Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland und Estland, begleitet von den Mittelmeerinseln Malta und Zypern, folgten dann 2004 auf einen Schlag, auf dem Höhepunkt der Erweiterungswellen. Seit 2007 sind mit der Aufnahme Bulgariens und Rumäniens sämtliche ehemalige Satellitenstaaten Russlands aus dem ehemaligen Warschauer Pakt von der EU assimiliert worden. Das 28. EU-Land Kroatien ist das bislang letzte Neumitglied.

der katholischen Kirche gehört, die sich das hätte auch selbst leisten können. Auch moderne elektronische Spielereien sind hoch im Kurs, obwohl die irgendwann notwendigen Ersatzteile nicht mit finanziert werden. Nach ein paar Jahren dürfte der Spaß also vorbei sein.

FRONTEX sorgt für Ruhe

Doch nicht nur hinsichtlich der Mitgliederstruktur beginnt die EU sich abzuschotten. Kaum jemand weiß es, aber an den Außengrenzen der EU wird von Zeit zu Zeit sogar schon scharf geschossen. Es geht dabei nicht darum, ob jemand hinauswill, sondern ob jemand hereinkommt.

Mehrere türkische Zeitungen hatten berichtet, es sei an der Landgrenze zwischen Griechenland und der Türkei am 25. August 2011 zu einem Schusswaffengebrauch von Grenzschutzbeamten gegenüber Migranten gekommen. Die Flüchtlinge hatten versucht, den griechisch-türkischen Grenzfluss Evros mit Hilfe von Schlauchbooten zu überqueren. Dabei soll von griechischem Territorium aus das Feuer eröffnet worden sein.

Es gibt einige Operationen, die – genau wie bei Geheimdiensten – sogar mit Codewörtern charakterisiert sind, um die Außengrenzen der EU notfalls mit Waffengewalt gegen unerwünschte Migranten zu verteidigen. Im Fall des griechisch-türkischen Zwischenfalls hatte es sich um die Operation „Poseidon“ gehandelt. Andere Codenamen stehen für ähnliche Operationen in anderen EU-Grenzbereichen, so etwa „Hera“ (zum Schutz der zu Spanien gehörenden Kanarischen Inseln gegen Einwanderer aus Westafrika) oder „Nautilus“ (bewacht Malta und Süditalien gegen nordafrikanische Flüchtlinge).

Im Jahre 2012 wurde während der Fußball-Europameisterschaft das EU-Mitgliedsland Polen im Rahmen der Operation „Eurocup 12“ vor Menschen vom Nachbarland und Mitveranstalter Ukraine „beschützt“.

ist übrigens kein Pole, sondern der Finne Ilkka Laitinen. FRONTEX koordiniert die Grenzschutzoperationen nicht nur, sondern sorgt auch dafür, dass sie mit dem nötigen Nachdruck umgesetzt werden. Daher überlässt man die Ausführung nicht allein den örtlichen Polizeibehörden, sondern stellt ihnen „Experten“ aus anderen EU-Staaten zur Seite. So operieren an der bulgarisch-türkischen Grenze bereits seit einigen Jahren FRONTEX-„Experten“ aus Belgien, den Niederlanden, Rumänien, Deutschland und Österreich.

Zum Schutz der Außengrenzen hat FRONTEX Spezialeinheiten eingerichtet, so etwa ein Rapid Border Interventions Team (kurz RABIT), eine schnelle mobile Eingreiftruppe, die von FRONTEX je nach Einsatzgebiet mit Spezialausrüstung versehen wird. Dazu gehören 21 Flugzeuge, 27 Helikopter, 116 Schiffe, mobile Radareinheiten und weiteres technisches Spezialgerät. Das geplante System Eurosur soll diese Maßnahmen noch durch Satellitenüberwachung ergänzen.

Der römische Kater

„Entschlossen, durch gemeinsames Handeln den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt ihrer Länder zu sichern, indem sie die Europa trennenden Schranken beseitigen.“ Diesen Vorsatz bekräftigten die Staatschefs der sechs Gründungsmitglieder der EWG in der Präambel der Römischen Verträge. Heute, nach 56 Jahren, scheint davon nur noch ein großer Kater übriggeblieben zu sein. Man weiß nicht mehr, wie man mit den Folgen seiner eigenen Ideale aus früheren Zeiten umgehen soll. Die EU ist europamüde geworden. ■

Koordiniert werden diese Aktionen von der



Angehts des Flüchtlingsdramas vor Lampedusa äußerte auch die UN scharfe Kritik an der rigorosen Sicherung der EU-Außengrenzen.

Europäischen Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen, kurz FRONTEX genannt. Die Agentur wurde 2004 gegründet und hat ihren Sitz in Warschau, sinnigerweise in der Ulica Swietokrzyska, also der Straße vom Heiligen Kreuz (die allerdings nach einem gleichnamigen Gebirgszug in Südpolen benannt ist). Leiter von FRONTEX

Slim Spurling's Light-Life® Tools

Vorstellung und Anwendungsmöglichkeiten



Seminar mit
Katharina Spurling-Kaffl
München 25. - 26. Januar 2014

Information und Anmeldung:

IX-EL International GmbH, Tel. +49-(0)8196-934325
eMail: info@ixelgmbh.eu, www.ixelgmbh.eu